dbb europathemen

dbb beamtenbund und tarifunion

8. Jahrgang **aktuell** September 2013

## Inhalt

**Editorial:**

Vor der Wahl **1**

**Bericht aus den Institutionen:**

Entscheidungen im Herbst/ Europäische Bankenunion/ Konsequenzen aus NSA-Affäre/ Reform der Kohäsionspolitik/ Öffentlicher Sektor und Wettbewerbsfähigkeit/ Griechische Gesundheitsreform/ Neue Arbeitszeitrichtlinie/ Schnellere Katastrophenhilfe/ Zukunft der Sicherheitspolitik **2-8**

**dbb in Europa:**

Arbeitsschutz stärken/ Steuern: Datenaustausch verbessern/ Chaos an Flughäfen verhindern/ Teilzeit: Erhalt von Urlaubsansprüchen/ Waffenrecht verschärfen/ Zoll: Erfolgsquote erhöhen **9-13**

**Neues von der CESI:**

Ende der Vogel-Strauß-Politik/ Verfassungsgericht stoppt Beamtenentlassungen/ Fluglotsen: EU-weiter Aktionstag **14/15**

**Bürger und Verbraucher:**

„Made in Germany“ bleibt **16**

**Ausblick:**

Bundestagswahl 2013:
Europa in den Wahlprogrammen

Termine **17-21**

**Einblick:**

Europa und die Bundestagswahl:
Fragen an die Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer von CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CSU

Impressum **22-25**

## Editorial

**Vor der Wahl**

**Es ist bestimmt nicht übertrieben, wenn es heißt, ganz Europa schaue auf die Bundestagswahl. Welche Befürchtungen oder Erwartungen sich auch immer mit dem einen oder anderen Wahlausgang verbinden mögen, scheint doch eines gewiss: Die europäische Führungsrolle, in der Deutschland sich spätestens seit 2010 ungewollt wiederfindet, sichert der Wahl am 22. September besondere Aufmerksamkeit. Wenn diese Wahl und ihr Ausgang für Europa so bedeutsam sind, dann rechtfertigt das einen gründlicheren Blick auf die europapolitischen Aussagen der Wahlprogramme der Parteien. Nicht alles, was in den Programmen der Parteien steht, ist in Stein gemeißelt. Die Grundhaltung zu Europa und zu den Herausforderungen, vor denen die Europäische Union in der Krise steht, wird aber allemal deutlich.**

Der Ausblick dieser Ausgabe ist dann auch ganz der europapolitischen Programmatik der Parteien gewidmet. Zusätzlich haben wir die Generalsekretäre beziehungsweise Bundesgeschäftsführer der sechs im Bundestag vertretenen Parteien nach den europapolitischen Grundüberzeugungen ihrer Parteien befragt. Die Antworten runden das Bild ab, das sich aus den Wahlprogrammen gewinnen lässt. Da es sich bei der Darstellung im Ausblick lediglich um eine neutrale Zusammenfassung handelt, empfiehlt sich für jeden Gourmet von Wahlprogrammen in jedem Fall auch der Genuss der eigentlichen Texte, auf die wir mit Hyperlinks verweisen.

Während also alles gebannt auf Berlin schaut, ist der politische Betrieb in Brüssel wieder angelaufen. Die Sommerpause ist beendet. Und die Euro-Rettung geht weiter. Spekulationen über weitere Hilfen für Griechenland werden zu Gewissheiten. Im Hintergrund wird eifrig an der Bankenunion gearbeitet. Deutschland steht vor der Wahl. Aber auch ganz Europa steht vor wichtigen Entscheidungen. Die Wirtschaftskrise muss überwunden, Arbeitsplätze müssen geschaffen werden. Gleichzeitig sollen die überschuldeten Staaten weiter sparen und ihre Wirtschafts- und Sozialstrukturen grundlegenden und einschneidenden Reformen unterziehen. Im Fokus stehen dabei immer wieder der öffentliche Sektor im Allgemeinen und die öffentliche Verwaltung im Besonderen. Ob es weiter geht wie bisher, wird sicher auch abhängig sein von den Berliner Machtkonstellationen nach dem 22. September.

Die Redaktion wünscht viel Freude beim Lesen.

Bericht aus den Institutionen

## Entscheidungen im Herbst

**Griechenland wird im Herbst weitere Hilfe brauchen. Soviel scheint festzustehen. Nachdem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Ende August ein drittes Hilfspaket mit niedrigerem Volumen in Aussicht gestellt hatte, wurde in den Medien auch die Möglichkeit eines zweiten Schuldenschnitts diskutiert. Davor warnen aber sowohl die Bundesregierung als auch der SPD-Kanzlerkandidat. Die griechische Regierung erklärte derweil, sie brauche weder ein neues Hilfspaket noch einen Schuldenschnitt. In Brüssel wird es als wahrscheinlich angesehen, dass der weitere Kurs der Reformen und des Schuldenabbaus in den Programmstaaten nach der Bundestagswahl neu diskutiert wird. Auch die Europawahlen im Frühjahr 2014 und die Neubesetzung der Kommission werfen ihre Schatten voraus.**

Nach Bundesfinanzminister Schäuble bestätigte auch Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem, dass ein drittes Griechenlandpaket wahrscheinlich ist. Der niederländische Finanzminister war am 5. September zu Gast im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments. Dort erklärte Dijsselbloem, es sei realistisch anzunehmen, dass zusätzliche Unterstützung für Griechenland jenseits des laufenden Programms erforderlich werde. Auf Nachfragen der Parlamentarier antwortete der Niederländer, es mache keinen Sinn über Details zu spekulieren. Dafür sei es zu früh.



In Deutschland ist das Thema ob der bevorstehenden Bundestagswahl brisant. SPD - Kanzlerkandidat Peer Steinbrück fordert bei seinen Wahlkampfauftritten eine Abkehr von der bisherigen Sparpolitik. Länder wie etwa Griechenland bräuchten „Wachstumsimpulse“. Einen weiteren griechischen Schuldenschnitt, der in den Medien diskutiert wird, lehnt Steinbrück aber ebenso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel ab. Der griechische Finanzminister Giannis Stournaras sagte bereits am 25. August gegenüber dem Handelsblatt, Griechenland brauche keinen weiteren Schuldenschnitt. Es fehlten zwar zehn Milliarden Euro, um die Sparziele der Troika für 2014 zu erreichen. Auch ein weiteres Hilfspaket sei aber nicht erforderlich. Als Alternative zu einem dritten Hilfspaket scheint Athen eine Streckung der Fälligkeiten zu bevorzugen. Mit einem neuen Hilfspaket wären neue Auflagen der Kreditgeber verbunden. Diese lehnt Athen jedoch ab.

Im Herbst wird nicht nur über den weiteren Kurs der Euro-Rettung zu entscheiden sein. EU - Justizkommissarin Viviane Reding machte am 5. September auf einer Veranstaltung der Union Europäischer Föderalisten (UEF) Vorschläge zur Nominierung des nächsten Kommissionspräsidenten. Reding wünscht sich laut EurActiv.de ein „Umdenken“ der Staats- und Regierungschefs und favorisiert echte Koalitionsverhandlungen für das Europäische Parlament. Der ständige Ratspräsident solle die Verhandlungen als Mediator begleiten.



*Kompetenzrückübertragungen*
© rukanoga - Fotolia.com
© Bild links: © *mnowack - Fotolia.com*

In Berlin wird jedoch kolportiert, dass die Bundesregierung wenig von einem solchen Verfahren hält. Ob der im Vertrag von Lissabon in Aussicht gestellte Weg einer vollen Parlamentarisierung der Europäischen Union nach den Bundestagswahlen beschritten wird, bleibt abzuwarten. Dafür haben Regierungsvertreter erkennen lassen, dass die Bundesregierung im Falle ihrer Wiederwahl für eine Rückübertragung von EU-Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten eintreten könnte. Wenn andere Länder diese Überlegungen anstellten, würde die Bundesregierung sich dem nicht verschließen, erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert laut Bloomberg News, das Berlin künftig in dieser Frage sogar an der Seite Londons sieht.

Bericht aus den Institutionen

## Der Weg in die Bankenunion

**„Wir stehen kurz davor, eine der wichtigsten Weichenstellungen in der Geschichte der Europäischen Währungsunion vorzunehmen“, sagte der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Jörg Asmussen, in einer am 4. September in Frankfurt am Main gehaltenen Rede über die europäische Bankenunion. Er erwarte, dass das Europäische Parlament dem Gesetzentwurf für eine gemeinsame Bankenaufsicht in der Woche vom 9. September zustimme. Damit rücke der Beginn der Bankenaufsicht auf EU-Ebene im Herbst 2014 in greifbare Nähe. Asmussen warnte jedoch davor, in den Reformanstrengungen nachzulassen. „Aber es wäre ein Trugschluss zu glauben, der Bankensektor in Europa wird allein dadurch genesen, dass die Bankenaufsicht bei der EZB angesiedelt wird.“ Die Bankenaufsicht sei ein notwendiger, „aber kein hinreichender Schritt zur Gesundung des Bankensektors.**

Mit der gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht würden gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Banken im Euroraum geschaffen. Es gelte jedoch noch ganz praktische Probleme zu lösen. „Zum Beispiel, wo wir auf die Schnelle geeignetes Personal für die gemeinsame Aufsicht herbekommen.“ Sobald der Gesetzgebungsprozess beendet ist, wolle die EZB damit beginnen, Experten und Führungskräfte für die gemeinsame Arbeit zu rekrutieren. „Ich gehe davon aus, dass die Bankenaufsicht gut 1.000 Mitarbeiter stark sein wird.“ Für die Übergangszeit seien etwa 80 Mitarbeiter nationaler Aufsichtsbehörden zur EZB abgeordnet.



*Deutschlands Mann im EZB-Direktorium: Jörg Asmussen*
© Europäisches Parlament, 2013

Die nächsten Ziele auf dem Weg in eine europäische Bankenunion skizzierte Asmussen wie folgt: In Zukunft sollen die Bankaufseher auch entscheiden können, ob eine Bank noch überlebensfähig ist. Damit von einer solchen Entscheidung keine Schockwellen ausgingen, brauche es europaweit gültige Regeln über die geordnete Abwicklung von Banken, so Jörg Asmussen in seiner Rede. „Der EU-Ministerrat hat sich bereits auf ein Regelwerk zur Sanierung und Abwicklung von Banken geeinigt. Ich hoffe, dass der Gesetzgebungsprozess nun auch zügig zum Abschluss gebracht werden kann.“ Ein echter, integrierter, europäischer Finanzmarkt bedeute, die enge Verzahnung zwischen Banken und Staaten entlang nationaler Grenzen aufzuheben. „Ein gemeinsamer Abwicklungsmechanismus zusammen mit einer gemeinsamen Abwicklungsbehörde und einem gemeinsamen Abwicklungsfonds für die Banken, die unter die Aufsicht fallen, ist ebenso wichtig wie diese gemeinsame Aufsicht selber.“ Der Abwicklungsfonds sei durch die Banken selbst zu finanzieren. An die Stelle der Staatshaftung soll die Gläubigerhaftung treten.



*Die EZB: Zentralbank und Bankenaufsicht*
© VRD - Fotolia.com

## EP-Innenausschuss berät NSA-Konsequenzen

**Am 5. September nahm der Innenausschuss des Europäischen Parlaments eine Sonderaufgabe an. Bis Dezember soll er den NSA - Überwachungsskandal untersuchen. Die sozialdemokratische EU-Abgeordnete Birgit Sippel ist innenpolitische Obfrau ihrer Partei im Europäischen Parlament. Sie wirft den Regierungen vor, kein Interesse an einer Aufklärung des durch Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden ausgelösten Skandals zu haben. „Einzig das EU-Parlament hat sich in seiner Resolution Anfang Juli unmissverständlich zu den euro-**

**päischen Bürgerrechten bekannt und eine Sonderuntersuchung durch den fachlich zuständigen Innenausschuss einberufen."**

Das Grundrecht auf Datenschutz sei kein Luxus, sondern Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. „Ein Europa der Freiheit kann es nur geben, wenn bürgerliche Rechte und nicht staatlicher Überwachungswahn der oberste Maßstab nationalen und europäischen Handelns sind", so Sippel. Die EU-Abgeordnete setzt sich dafür ein, dass Rolle und Aufgaben von Geheimdiensten parlamentarisch definiert und kontrolliert werden. Ein Anti-Spionage-Abkommen macht aus Sicht der Innenexpertin keinen Sinn.



*Europäische Innenpolitikerin: Birgit Sippel*
© Europäisches Parlament, 2013

Vor zwölf Jahren hatte sich das EU-Parlament in einem ähnlichen Fall mit dem Echelon-Abhörsystem befasst. Der damalige Leiter des Sondergremiums, der ehemalige EU - Abgeordnete Gerhard Schmid, war am 5. September als Experte zu Gast im Innenausschuss. Schmid erklärte: „Die nationalen Regierungen hatten damals wie heute kein Interesse an einer Klärung der Vorwürfe." Oberste Pflicht nationaler und europäischer Institutionen sei aber der Schutz der Grundrechte. „Hier geht es um die Grundfesten unserer Demokratie", so Schmid. Birgit Sippel formulierte Forderungen für die Untersuchung des Innenausschusses: „Wir brauchen endlich eine starke EU-Position für Bürgerrechte in der Welt." Kommunikation und Geheimdienstarbeit finde heute global statt, der Schutz der Privatsphäre könne deswegen nicht mehr allein durch die Nationalstaaten garantiert werden." Die Sitzung des Innenausschusses kann hier angesehen werden.

**Reform der europäischen Kohäsionspolitik**

**Ob Investitionen in neue Infrastruktur wie Breitband, Brücken und Straßen oder die Umschulung von Arbeitslosen: die EU stellt mit ihren Strukturfonds Mittel für den sozialen Zusammenhalt bereit. Unterschiede zwischen reichen und armen Regionen sollen so abgemildert und Entwicklungschancen für die ärmeren eröffnet werden. Im September wollen Kommission, Rat und Parlament ihre Verhandlungen über eine umfassende Reform der europäischen Kohäsionspolitik – Kohäsion heißt Zusammenhalt - abschließen. Sind die interinstitutionellen Verhandlungen im so genannten Trilog zwischen Kommission, Rat und Parlament erfolgreich, könnte das Europäische Parlament das Gesetzespaket bereits im Oktober verabschieden. Die EU - Kommission spricht von einer „radikalen" Reform. Die Gelder sollen künftig zielschärfer für Beschäftigung und Wachstum in Europa eingesetzt werden. Die Empfänger werden in Zukunft allerdings mit weniger Mitteln auskommen müssen als in den vergangenen Jahren.**

Die europäische Regionalpolitik stützt sich auf drei Strukturfonds, den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds (KF). Diese Strukturfonds sollen künftig „Europäische Struktur- und Investitionsfonds" (ESIF) heißen. Bisher dienen sie dazu, ärmeren Regionen den Anschluss an die reicheren oder zumindest den EU-Durchschnitt zu ermöglichen. Dieses Ziel, auch als Konvergenz bezeichnet, bleibt bestehen. Fortan sollen die ESIF die EU aber vor allem dabei unterstützen, wettbewerbsfähiger zu werden und ihre für die Zeit bis 2020 selbstgesetzten beschäftigungs- und sozialpolitischen Ziele zu erreichen.




*Aus dem Kohäsionsfonds finanzierte irische Straße*
© Europäische Kommission, 2013

Die Fonds werden von 2014 bis 2020 über 325 Milliarden Euro und damit über gut ein Drittel der für diesen Zeitraum für den EU - Haushalt vereinbarten 908 Milliarden Euro verfügen. Diese Gelder, die somit für die siebenjährige Finanzperiode eingestellt werden, bedeuten einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Finanzrahmen von 2007 bis 2013. Hier standen noch rund 347 Milliarden Euro zur Verfügung. Ursprünglich hatte die EU - Kommission für den neuen Finanzrahmen sogar ein Volumen von 1091 Milliarden Euro und eine Steigerung der Strukturfondsmittel auf 376 Milliarden Euro vorgesehen. Da der mehrjährige Finanzrahmen nun aber in dem kurz vor der Sommerpause gefundenen Kompromiss auf 908 Milliarden Euro festgelegt wurde, muss auch in diesem für die Entwicklung der europäischen Regionen wichtigen Feld gespart werden.

Trotzdem sollen die geplanten Reformen zu einer zielschärferen Mittelverwendung und damit zu besseren Ergebnissen führen. Der für die Regionalpolitik zuständige EU - Kommissar Johannes Hahn erklärte: „Diese Reformen werden die EU - Regionalpolitik dafür rüsten, die Haupthindernisse für langfristiges Wachstum in der EU zu überwinden." Der Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses im Europäischen Parlament, Michael Theurer, mahnte für die neue Finanzperiode vor allem eine bessere Ausgabenkontrolle an. „Eine Fehlerquote von sechs Prozent wie laut dem Jahresbericht 2011 des Europäischen Rechnungshofs ist nicht akzeptabel."



*Michael Theurer, Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments*
© Europäisches Parlament

In der zu Ende gehenden Finanzperiode 2007 bis 2013 flossen rund 26 Milliarden Euro aus den Fonds in deutsche Regionalprojekte. Die kommunalen Spitzenverbände befürchten einen starken Rückgang der Fördermittel für Deutschland. Für 2014 bis 2020 wird noch mit 17 Milliarden Euro gerechnet. Schließlich verzeichnen die bisher als „Konvergenzregionen" förderfähigen neuen Bundesländer inzwischen ein über 75 Prozent des EU-Durchschnitts liegendes Bruttoinlandsprodukt. Nur unterhalb dieser Marge liegende Regionen fallen in die Kategorie der Konvergenzregionen (früher „Ziel-1-Regionen"). In Brüssel wird es auch eher als Erfolgsnachweis der Regionalförderung denn als Problem gesehen, dass es aufgrund ihrer positiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Deutschland keine Konvergenzregionen mehr gibt. Zudem sollen die bis 2013 als Konvergenzregionen geförderten neuen Bundesländer als „Übergangsregionen" weiterhin Mittel, wenn auch nicht mehr in gleicher Höhe, abrufen können.

## Öffentlicher Sektor und Wettbewerbsfähigkeit in Mittelosteuropa

**Im aktuellen Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums wird die Wettbewerbsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE) untersucht. Die Beamten des Bundesfinanzministeriums (BMF) stützten sich auf Berichte, Studien und Datenbanken der EU-Kommission, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Analysiert wurden die Wirtschaftsstrukturen, die Exportleistung, das Geschäftsklima, die Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie der öffentliche Sektor. Im Ergebnis bleibe noch viel zu tun, der Entwicklungstrend weist aber laut BMF nach oben. Als besonders wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit wird die Effizienz des öffentlichen Sektors angeführt, bei dem in vielen Ländern Reformbedarf bestehe.**

Als negativen Einflussfaktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit werden insbesondere „Unwägbarkeiten im Umgang mit Institutionen des öffentlichen Sektors" angeführt. Die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Sektors beeinflusse die Produktivität von Unternehmen. Die EU - Kommission sieht laut BMF vor allem in Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakei und Ungarn Reformbedarf im öffentlichen Sektor. Allerdings seien vor dem Hintergrund der Reformanstrengungen im Euroraum in vielen MOE-Staaten bereits Maßnahmen ergriffen worden, um die öffentliche Verwaltung zu modernisieren. Dabei konzentrierten sich einige EU -

Mitgliedstaaten auf die „Verschlankung“ der öffentlichen Verwaltung, andere auf die Bekämpfung der Korruption.




*Anforderungen an öffentliche Dienstleistungen*
© treenabeena - Fotolia.com

Das BMF zieht unter anderem einen Indikator der Weltbank für die Effektivität der öffentlichen Verwaltung heran. Dabei werden die Länder auf einer Skala von minus 2,5 bis plus 2,5 eingestuft und bewertet. Der EU-Durchschnitt liegt demnach bei über 1,1. Für Deutschland wird ein Wert von 1,5 angegeben. Die MOE-Staaten liegen im Durchschnitt bei leicht über 0,7 - also deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts. Oberhalb davon liegt lediglich Estland mit einem Wert von 1,2. Länder wie Polen und Ungarn finden sich im Durchschnitt der MOE-Staaten, während Bulgarien und Rumänien mit null respektive minus 0,2 die Schlusslichter bilden. Allerdings ist der Indikator auf Arbeitnehmerseite nicht unumstritten. Gerade Estland, das unter den MOE-Staaten am besten abschneidet, ist ein Beispiel für marktradikale Reformen mit sozialen „Kollateralschäden“, wie sie in Europa ohne Beispiel sind. Als größtes Problem der MOE-Staaten wird die Korruptionsanfälligkeit gesehen. Die unbedingte Verschlankung öffentlicher Infrastruktur nach dem Motto „Privat vor Staat“ sei jedoch nicht zielführend für die Qualität der Infrastruktur und die Chancengleichheit der Bürger.

## Berlin unterstützt griechische Gesundheitsreform

**Bereits vor einem Jahr unterzeichneten das griechische und das deutsche Gesundheitsministerium zusammen mit der EU-Task-Force für Griechenland ein „Memorandum of Understanding“.**

**In dieser Übereinkunft wurde die deutsche Unterstützung zu einer Reform des griechischen Gesundheitssystems festgelegt. Bereits ein Jahr später zeigen sich erste Erfolge. Griechenland einigte sich Ende Juli mit der Weltgesundheitsorganisation WHO auf erste konkrete Schritte. Der deutsche Bundesminister für Gesundheit Daniel Bahr begrüßte diesen neuen Vertrag. „Das weitere Gelingen wird wesentlich davon abhängen, dass Maßnahmen zügig umgesetzt werden, damit der gesamten griechischen Bevölkerung möglichst schnell geholfen wird.“ Der Erfolg struktureller nachhaltiger Reformmaßnahmen liege im Interesse der gesamten Europäischen Union.**



*Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr während eines Gesprächs mit Gesundheitskommissar Tonio Borg*
© Europäische Kommission, 2013

Die Reformen des griechischen Gesundheitssystems sind derzeit an neun Prioritäten ausgerichtet. Dazu gehören unter anderem die Einführung eines flächendeckenden Abrechnungssystems im stationären Bereich sowie Reformmaßnahmen im Krankenhausmanagement. Dazu zählen aber auch vielfältige weitere Themen wie Gesundheitstourismus, primäre Gesundheitsvorsorge, die Neustrukturierung des nationalen Krankenversicherungsträgers für Gesundheitsdienstleistungen und die Beratung bei der Preisgestaltung und Kostenerstattung von Arzneimitteln. Für die Umsetzung einzelner Projekte sind im bilateralen deutsch-griechischen Austausch Steuerungsgruppen eingerichtet worden, die regelmäßig zusammenkommen. Die Umsetzung der Reformmaßnahmen wird sich voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken.

## Neue Arbeitszeitrichtlinie im Frühjahr 2015

Die Kommission wird während ihrer Amtszeit nicht mehr mit einem neuen Vorschlag für eine Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie aufwarten. Nachdem die europäischen Sozialpartner ihre Verhandlungen über eine Neugestaltung des europäischen Arbeitszeitrechts ergebnislos abgebrochen hatten, war klar, dass die Kommission nicht mehr vor den Europawahlen tätig werden würde. Offenbar hat die Kommission nun gegenüber Vertretern des Deutschen Städte- und Gemeindebundes erklärt, dass nicht vor dem Herbst 2014 mit einer neuen Initiative zu rechnen sei. Das bedeutet, dass erst die neue Kommission einen neuen Anlauf wagen wird. Mit einem neuen Richtlinienvorschlag ist also frühestens für Ende 2014, wahrscheinlicher sogar erst für das Frühjahr 2015 zu rechnen. Im Vorfeld sollen allerdings noch von der aktuellen Kommission gegebenenfalls bereits vorbereitende Gespräche geführt und Anhörungen organisiert werden. Die CESI, der dbb und seine betroffenen Mitglieder wie die komba gewerkschaft werden sich daran beteiligen.

## Schnellere Katastrophenhilfe beschlossen

**Erdbeben, Waldbrände, Dürren und Überschwemmungen sind Katastrophen, die nicht an den Grenzen der EU-Mitgliedstaaten halt machen. Die mitteleuropäische Flutkatastrophe des Frühjahrs 2013 zeigte dies deutlich. Neben Deutschland waren besonders stark auch Tschechien und Ungarn betroffen. Die EU verfügt seit 2002 über einen Solidaritätsfonds (EUSF), aus dem im Katastrophenfall Mittel abgerufen werden können. Am 25. Juli stellte Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, einen Vorschlag zur Reform des EUSF vor. Die Katastrophenhilfe soll einfacher und schneller werden. Die Bundesregierung beantragte einen Tag vor der Veröffentlichung des Reformvorschlags Hilfen wegen der schweren Überflutungen im Mai und Juni 2013.**

„Wir müssen schneller reagieren, wenn es darum geht, Ländern bei Rettungs- und Wiederaufbaumaßnahmen nach einer Katastrophe zu helfen“, sagte Kommissar Hahn anlässlich der Veröffentlichung des Reformvorschlags in Brüssel. Der Kommissionsvorschlag bringe die Solidarität mit den von Katastrophen betroffenen europäischen Ländern und Regionen zum Ausdruck. „Dank der vereinbarten Änderungen und seiner klareren Bestimmungen wird der Solidaritätsfonds schneller und einfacher zum Einsatz kommen können.“ Mit dem Vorschlag sollen die Vorschriften vereinfacht werden, damit die Auszahlung von Hilfen beschleunigt wird. Künftig soll es auch die Möglichkeit von Vorschusszahlungen geben.



*Johannes Hahn, Kommissar für Regionalpolitik*
© Europäische Kommission, 2013

In den ersten zehn Jahren des EUSF erhielten 23 Länder insgesamt 3,2 Milliarden Euro bei insgesamt 52 Katastrophen in Europa. Die Kommission setzt darauf, dass der europäische Gesetzgeber, Parlament und Rat, den Vorschlag billigt. In diesem Fall können Länder und Regionen, die von einer Katastrophe heimgesucht werden, auf eine erheblich verbesserte Funktionsweise des Solidaritätsfonds hoffen. Gleichzeitig sollen die Regierungen der Mitgliedstaaten sich aber auch um mehr Krisenprävention und besseres Krisenmanagement bemühen.



*Europäische Solidarität bei Naturkatastrophen*
© Daniel Loretto - Fotolia.com

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble beantragte am 24. Juli mit einem Schreiben an Hahn Hilfen aus dem EUSF, um die durch die Überschwemmungen des Frühjahrs entstandenen Schäden bewältigen zu können. Der geschätzte Gesamtschaden beläuft sich für Deutschland auf etwa acht Milliarden Euro. Bis zu 363 Millionen Euro könnten für Deutschland aus dem EUSF abgerufen werden. Die EU-Kommission entscheidet über den Antrag. Es wäre nach der Flutkatastrophe von 2002 und den Sturmschäden von 2007 das dritte Mal, dass Deutschland Hilfen aus dem Solidaritätsfonds erhält.

## Zukunft der Europäischen Sicherheitspolitik

**Ende 2013 wollen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union über die Zukunft der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beraten. Am 5. und 6. September trafen sich die Verteidigungsminister zu einem Vorbereitungstermin in Vilnius mit der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton. Der Europäische Rat im Dezember wäre das erste Gipfeltreffen in der Geschichte der EU, bei dem ausschließlich über Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen wird. Für die amtierende Ratspräsidentschaft formulierte der litauische Verteidigungsminister Juozas Olekas die Erwartung konkreter Ergebnisse.**



*Litauens Verteidigungsminister Juozas Olekas bei der Pressekonferenz mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton*
© Litauische Ratspräsidentschaft, 2013

Die europäischen Verteidigungsminister berieten den von der EU-Außenbeauftragten vorgelegten Zwischenbericht, mit dem die Empfehlungen vorbereitet werden sollen, die der Europäische Rat im Dezember zur Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik aussprechen wird. Die Minister befassten sich auch mit einer aktuellen Mitteilung der EU-Kommission zum europäischen Sicherheits- und Verteidigungssektor. Die Kommissionsmitteilung trägt den Titel „Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor“. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit wird zunehmend durch die schwierige Finanzlage der EU-Mitgliedstaaten bestimmt. Die europäische Schuldenbremse zwinge zu Einsparungen und damit perspektivisch zu einer viel engeren Zusammenarbeit im Verteidigungssektor, heißt es in Brüsseler Kreisen.



*Zwingen Fiskalpakt und Schuldenbremse zu einer stärkeren sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in Europa?*
© veneratio - Fotolia.com

Olekas sagte am Rande der Tagung, die sich verschlechternde Sicherheitslage in Nordafrika und im Nahen Osten zeige, dass die EU ihre Rolle als „internationaler Sicherheitsgarant“ weiter stärken müsse. Mit Blick auf den Europäischen Rat erklärte der Ratspräsident: „Für den Dezember wünschen wir uns eine eindeutige politische Botschaft, damit das derzeitige Niveau bezüglich Ehrgeiz und Verpflichtung beim Einsatz der EU-Kampfgruppen auf einen neuen Stand gebracht werden kann.“ Auch die europäische Rüstungsindustrie war Gegenstand der Beratungen. Olekas unterstrich die Bedeutung der von der Europäischen Kommission angeregten Initiative, in die EU-Förderprogramme verstärkt kleine und mittlere Unternehmen einzubeziehen und ihnen bessere Bedingungen für die Einbindung im europäischen und internationalen Rüstungsmarkt bereitzustellen.

## Arbeitsschutz in Europa muss gestärkt werden

**Die europäische Strategie zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz endete offiziell 2012. Ziel war eine Reduzierung der Unfallzahlen in Europa um 25 Prozent. Eine Neuauflage gibt es bislang nicht. Die Europäische Kommission wollte nun in einer öffentlichen Konsultation wissen, ob ihre bisherige Strategie von 2007 bis 2012 gewirkt hat und welche Schwerpunkte künftig gelegt werden sollten. Auch der dbb beteiligte sich an der Konsultation. „Die Zahl der Arbeitsunfälle in Europa ist in den vergangenen Jahren gesunken. Das alleine ist schon ein großer Erfolg. Allerdings dürfen darüber nicht die steigenden Gefahren durch Berufskrankheiten vergessen werden", beschrieb Hans-Ulrich Benra, dbb Fachvorstand Beamtenpolitik und Leiter der dbb Arbeitsgruppe Arbeitsschutz, die Herausforderung für eine künftige europäische Arbeitsschutzstrategie.**

Auch in Deutschland ist die Anzahl der Arbeitsunfälle zwischen 2007 und 2012 gesunken, aber nicht um die europäisch angestrebten 25 Prozent, sondern nur um etwa fünf Prozent. Die Zahl tödlicher Arbeitsunfälle an der Arbeitsstätte ist 2011 sogar um vier Prozent angestiegen. Der in vielen offiziellen Statistiken ausgewiesene leichte Rückgang ist auf spürbar weniger Wegeunfällen zurückzuführen. Auf diese Unfälle hat der Arbeitsschutz aber kaum Einfluss. Benra verwies zudem darauf, dass sich die Problemlage beim Arbeitsschutz in den vergangenen Jahren gewandelt habe: „Die relativen Erfolge durch die insgesamt sinkende Zahl von Arbeitsunfällen wird durch den erschreckenden Anstieg von Berufskrankheiten geschmälert", so Benra. Deshalb müsse in einer künftigen Strategie auch für die Vermeidung von Berufskrankheiten eine klare Zielvorgabe enthalten sein.

Der Fokus auf Berufskrankheiten sei auch in der öffentlichen Verwaltung besonders wichtig. Fast überall in Europa sei es zu Stellenkürzungen gekommen. Benra warnte vor den langfristigen Folgen einer solchen Politik: „Die Aufgabenverdichtung führt häufig dazu, dass der Druck auf den Einzelnen stark zunimmt. Die Sparpolitik darf nicht auf Kosten der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen." Einigen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes müsse dabei besondere Aufmerksamkeit zukommen, da sie teils sehr hohen Belastungen ausgesetzt seien. Dies betreffe unter anderem die Berufsfeuerwehren, aber auch Rettungsdienste.

Ein wichtiger Schwerpunkt aller aktuellen Arbeitsschutzstrategien müsse zudem auf der Prävention psychischer Belastungen und den daraus resultierenden Erkrankungen liegen, so Benra. „Allein im letzten Jahr waren psychische Erkrankungen der Grund für 53 Millionen Krankheitstage und 41 Prozent der Frühverrentungen. Das ist nicht akzeptabel." Die gesamte Gesellschaft leide auf längere Sicht unter den Folgen. „In der heutigen Arbeitswelt gibt es neue Gefährdungen. Darauf müssen sich die Arbeitgeber einstellen und im Dialog mit der Arbeitnehmerseite neue Lösungsvorschläge entwickeln." Dazu gehörten zum Beispiel eine Vertiefung gefährdungsorientierter Kenntnisse und eine Sensibilisierung in Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, sowohl bei Arbeitnehmern als auch bei Arbeitgebern.



*dbb Vize Hans-Ulrich Benra*
© dbb, 2013

„Die Arbeitswelt ändert sich fortlaufend. Dabei ist es aber nicht nur die technische Entwicklung, die viele Arbeitsabläufe beeinflusst. Besonders spürbar wird sich auch der demografische Wandel auf die Arbeitswelt auswirken", erläuterte Benra. Vor allem die Anforderungen an die Arbeitsplätze seien für ältere Arbeitnehmer anders als für junge Menschen. Dies müsse dringend berücksichtigt werden. „Hier gilt wie für die gesamte Arbeitsschutzstrategie: es darf keinen Stillstand geben. Neue Herausforderungen müssen erkannt, neue Lösungsvorschläge entwickelt werden. Von einem effektiven europäischen Arbeitsschutz profitieren alle Seiten", so der dbb Fachvorstand.

## DSTG fordert besseren EU-Datenaustausch

**Die EU verfolgt besonders infolge der Euro-Schuldenkrise das Ziel, Steuerbetrug und Steuervermeidung einzudämmen. Ab 2015 soll es einen automatischen EU-weiten Informationsaustausch über alle Einkommensarten geben. Auf Probleme beim EU-weiten Datenaustausch, mit dem die Finanzminister gegen die Steuerflucht vorgehen wollen, hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler hingewiesen.**

Der Deutschen Welle sagte Eigenthaler am 3. September: „Die Dinge kommen tröpfchenweise an – und in Papierform" – eine Mitteilungsform, die im internationalen Datenaustausch eigentlich völlig veraltet sei. Die Folge: Es sei für die Finanzbehörde sehr schwierig, Papiere, die aus dem EU-Ausland kommen, auszuwerten und dem richtigen Steuerzahler zuzuordnen. Ein einheitliches Format der aufgelisteten Kapitaleinträge europäischer Steuerzahler fehle bis heute. „Wir müssen davon ausgehen, dass wir sehr unterschiedliche Steuerverwaltungen in Europa haben. Und jedes Land hat seine eigenen Software", so Eigenthaler. Er forderte, dass die Übermittlung künftig elektronisch erfolgen müsse.



*dbb Vize Thomas Eigenthaler*
© dbb, 2013

Die EU-Kommission hatte am 12. Juni vorgeschlagen, ab 2015 einen automatischen Datenaustausch zwischen den Steuerbehörden der 28 Mitgliedstaaten festzulegen. Dabei sollen alle Einkommen erfasst werden, die von EU-Bürgern im EU-Ausland erzielt werden. Nach Schätzungen von Eurostat wird in der EU Jahr für Jahr eine Steuerschuld von rund einer Billion Euro hinterzogen.

## Silberbach: „Bundesregierung muss Chaos an Flughäfen verhindern"

**Nachdem das Europäische Parlament eine Vielzahl von Änderungen am Entwurf eines Liberalisierungsvorschlags für die Bodenverkehrsdienste vorgenommen hat, wird der Ministerrat über die Vorlage entscheiden müssen. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der *komba gewerkschaft*, Ulrich Silberbach, sieht die Bundesregierung in der Verantwortung: „Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl muss klar sein, dass die deutschen Regierungsvertreter im Rat bald über Fragen zu entscheiden haben, die nicht nur die soziale Lage von einigen tausend Beschäftigten betreffen sondern auch die Sicherheit an unseren deutschen Flughäfen." Silberbach fordert die Bundesregierung auf, die weitere Marktöffnung im Bereich der Bodenabfertigung zu verhindern. „Die bereits erfolgte Ausweitung auf zwei Anbieter hat schon zu einer erheblichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt." Ein dritter Anbieter sei zudem nicht mehr sinnvoll in die Arbeitsabläufe einzubeziehen. Es drohe ein Verlust an Servicequalität und Sicherheit.**



*dbb Vize Ulrich Silberbach*
© dbb, 2013

Die Verordnung soll, wenn sie in ihrer gegenwärtigen Form verabschiedet wird, zu einer weiteren Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste an europäischen Flughäfen ab einem jährlichen Verkehrsaufkommen von 15 Millionen Passagieren führen. Betroffen wären besonders deutsche Flughäfen wie Fraport in Frankfurt am Main, wo die *komba gewerkschaft* viele Mitglieder hat. „Die Bodenabfertigung erfolgt nach hohen Qualitätsansprüchen und Sicherheitsanforderungen. Wer will ausgerechnet da Abstriche machen?", fragt der komba-Bundesvorsitzende. Silberbach befürchtet neben den schlechteren Arbeitsbedin-

gungen und dem Verlust von Arbeitsplätzen massive Auswirkungen auf die logistischen Abläufe an den Flughäfen. „Die Fluggäste werden diesen vermeintlichen Fortschritt mit mehr Verspätungen und weniger Sicherheit bezahlen müssen“, prophezeit Silberbach. „Wer das verhindern will, muss jetzt Farbe bekennen“, fordert der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende.



*Auf Qualität und Sicherheit kommt es an; Probleme am Boden lösen sich nicht in (der) Luft auf*
© Guido Vrola - Fotolia.com

Die Vorlage, die in 1. Lesung im Europäischen Parlament mit vielen Änderungen verabschiedet wurde, sei bereits besser als der ursprüngliche Kommissionsentwurf. „Das Parlament hat hier einige Schranken eingezogen. Lohn- und Sozialdumping bleiben aber möglich und sind leider wahrscheinlich, wenn es tatsächlich zu einer Ausweitung auf drei Anbieter kommt.“ Es komme nun auf den Rat an, der sich unabhängig von der deutschen Bundestagswahl weiter mit dem Vorgang befassen müsse. „Ich kann nur an die Bundesregierung appellieren, auf die Allianz der Vernunft von Flughafenbetreibern und Gewerkschaften zu hören und die Vorlage zu stoppen“, so Silberbach. Die Gewerkschaften stimmten in der Einschätzung der Folgen einer weiteren Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste mit den Flughafenbetreibern überein. „Wir ziehen da in Deutschland an einem Strang, was ich bemerkenswert finde. Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung die Argumente, die ihr präsentiert werden, nicht ignorieren kann.“

## EuGH stärkt den Erhalt von Urlaubsansprüchen

**Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat seine Rechtsprechung in Bezug auf den Urlaubsanspruch von Arbeitnehmern weiter fortentwickelt.**

**Die Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung des dbb, Helene Wildfeuer, begrüßt das am 13. Juni 2013 in der Rechtssache Brandes (C-415/12). Der EuGH habe seine Rechtsprechung zum Erhalt von Urlaubsansprüchen beim Übergang zur Teilzeitbeschäftigung weiter präzisiert und den Erhalt der Urlaubsansprüche beim Wechsel zu einer niedrigeren Arbeitszeit gestärkt.**

Am 22. April 2010 hatte der EuGH in der so genannten Tirolentscheidung (C-486/08) über ein Vorabentscheidungsersuchen aus Österreich entschieden, dass der Anspruch auf Jahresurlaub, der während einer Vollzeitbeschäftigung erworben wurde, beim Übergang in eine Teilzeitbeschäftigung nicht gemindert werden darf, wenn die Inanspruchnahme des Urlaubs vorher nicht möglich war. Der EuGH hat nun mit seinem Beschluss vom 13. Juni 2013 in der Rechtssache Brandes darüber hinaus festgestellt, dass es gegen europarechtliche Bestimmungen verstößt, wenn – wie derzeit nach deutschem Recht – ein aus der Vollzeitbeschäftigung erworbener Urlaubsanspruch bei einer Verminderung der Wochenarbeitstage entsprechend der Teilzeitquote verringert wird. Diese Umrechnung stelle eine unzulässige Verminderung des erworbenen Urlaubsanspruches dar.




*Urlaubsanspruch darf nicht gemindert werden*
© DOC RABE Media - Fotolia.com

Die Klägerin war beim Land Niedersachsen beschäftigt. Nach der Rückkehr aus der Elternzeit verringerte sie ihren Beschäftigungsumfang auf eine Teilzeitbeschäftigung mit nur noch drei statt fünf Wochenarbeitstagen. Der Arbeitgeber hat entsprechend eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 28. April 1998 (AZR 314/97) den bestehenden Urlaubsanspruch auf die neue Arbeitszeit umgerechnet und nur noch einen entsprechend verminderten Urlaub gewährt. Die Klägerin hat sich gegen diese Umrechnung ihres Urlaubsanspruchs gewandt. Im Ausgangsverfahren hat das

Arbeitsgericht Nienburg den EuGH um Vorabentscheidung ersucht, wie vor dem Hintergrund der Tirolentscheidung das einschlägige Unionsrecht auszulegen ist.



*Helene Wildfeuer: „Ein notwendiger Schritt"*
© dbb, 2013

„Der EuGH stärkt durch diese Rechtsprechung die Rechte der Beschäftigten und sorgt dafür, dass bereits angefallener Urlaub in voller Höhe erhalten bleibt, auch wenn eine verringerte Arbeitszeit vereinbart wird. Ich habe bei der bisherigen BAG-Rechtsprechung nie einsehen können, weshalb bereits erdienter Urlaub – beispielsweise im Anschluss an eine Elternzeit – teilweise untergeht, nur weil eine niedrigere Arbeitszeit vereinbart wird. Der neue Beschluss des EuGH ist aus meiner Sicht ein notwendiger und guter Schritt in die richtige Richtung", kommentiert Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung das Urteil.

Wie das Urteil im deutschen Recht angewendet werden wird, wird der weitere Instanzenzug vor den Arbeitsgerichten im Ausgangsverfahren klären. Da die bisherige Rechtsprechung des BAG die Umrechnung und Verminderung von Urlaubsansprüchen beim Übergang in Teilzeit derzeit noch deckt, rät die dbb bundesfrauenvertretung zunächst Betroffenen wie bisher weiterhin, im Anschluss an die Elternzeit zunächst die bereits bestehenden Urlaubsansprüche in Vollzeit aufzubrauchen und erst dann auf ein Teilzeitarbeitsverhältnis umzusteigen, um den Verlust von Urlaubstagen durch die Herunterrechnung auf die neue Arbeitszeit zu vermeiden. (S. Scholz)

## DPolG für schärferes Waffenrecht durch Europa

**Die Europäische Kommission bereitet eine neue Mitteilung über Feuerwaffen vor. Im Mittelpunkt der nichtlegislativen Initiative steht die Frage, wie der illegale Waffenhandel und der kriminelle Gebrauch legaler Waffen wirksam bekämpft werden können. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, begrüßt und unterstützt die Initiative. „Die kriminellen Kartelle kennen keine Grenzen. Es macht daher durchaus Sinn, das Waffenrecht auf europäischer Ebene weiter zu verschärfen." Die Kommission solle es nicht bei einer Mitteilung belassen. „Die für 2015 in Aussicht gestellte Revision der Richtlinie über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen macht Sinn."**



*DPolG Chef Rainer Wendt*
© dbb, 2013

„Wir haben das Waffenrecht in Deutschland in Folge des Amoklaufs von Winnenden verschärft, aber noch nicht alles umgesetzt, was aus polizeilicher Sicht sinnvoll wäre", sagte Wendt. Die DPolG spreche sich dafür aus, Kontrollbefugnisse regelmäßig daraufhin zu überprüfen, ob sie auch zu gewünschten Erfolgen führen und wirklich notwendig sind. Eine Verteufelung des Schießsports beispielsweise dürfe es nicht geben, denn wer verantwortungsvoll mit Waffen umgehe, dürfe nicht ständig unter Generalverdacht stehen, Amokläufer zu werden oder Krimineller zu sein. „Wir müssen die Wege, die Schusswaffen von ihrer Herstellung über ihren Vertrieb nehmen, einer engeren Kontrolle unterziehen. Dazu braucht es mehr europäische Zusammenarbeit und verlässliche Kennzeichnungen von Waffen. Europol könnte hierbei eine sinnvolle Rolle spielen." Wendt würde es sehr begrüßen, wenn die neue Kommission sich dieses wichtigen Themas Ende 2014 annähme.

Rainer Wendt und die DPolG hatten bereits in den Jahren 2006 und 2007 erfolgreich mit der Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die damalige Novellierung der Richtlinie, Gisela Kallenbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), zusammengearbeitet. Damals stand die Erfassung legaler

Schusswaffen in einem zentralen Register im Vordergrund, wie sie von der DPolG gefordert worden war. 2015 wird es vornehmlich um Regelungen gehen, die den illegalen Waffenhandel erschweren sollen. „Wir werden wieder mit dem Europäischen Parlament reden, stehen mit unserem Wissen und unseren Erfahrungswerten aber auch der Kommission gerne als Ansprechpartner zur Verfügung“, betonte der DPolG-Chef.

**BDZ-Chef zum EU-Zollbericht:**
**„Die Erfolgsquote könnte deutlich höher sein“**

**Am 5. August veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Jahresbericht über Zollmaßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums. 2012 wurden demnach Produktfälschungen im Wert von einer Milliarde Euro beschlagnahmt. Der BDZ-Bundesvorsitzende, Klaus H. Leprich, bezeichnete den Rückgang des Wertes der vom Zoll abgefangenen Waren als „Mahnung an die EU-Mitgliedstaaten“. „Wenn diese Zahl niedriger wird, heißt das nicht, dass es weniger Produktfälschungen in Europa gibt“, so Leprich, der auch Vizepräsident der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) und Vorsitzender des UFE - Zollausschusses ist. Vielmehr unterstreiche der Bericht zweierlei: die hohe Bedeutung des Zolls für den Schutz des geistigen Eigentums und die Sicherheit der Verbraucher sowie die Folgen eines fortgesetzten Personalabbaus in den europäischen Zollverwaltungen.**

Der BDZ fordere seit Jahren einen Stopp des Personalabbaus und die Realisierung einer einheitlichen und wirksamen Risikoanalyse in allen EU-Mitgliedstaaten, erklärte Leprich aus Anlass des veröffentlichten Kommissionsberichts. Der Bericht zeige, wie notwendig Reformen zu Gunsten attraktiver Zollverwaltungen seien. „Der Zoll kann nur dann den Produktfälschern einen Strich durch die Rechnung machen, wenn er über ausreichende personelle und materielle Ressourcen verfügt.“ Die Motivation der Mitarbeiter sei dabei nicht weniger wichtig als die Güte der technischen Ausrüstung. In einigen EU-Mitgliedstaaten bestünden bei Personalausstattung, Bezahlung und Arbeitsplatzsicherheit große Defizite. Der Zoll in Europa sei weit davon entfernt, auf der Basis des Zollkodex wie eine einzige Zollverwaltung in Europa zu handeln.

Darüber hinaus bestätige der Bericht, wie wichtig vor allem der Kampf gegen den Zigarettenschmuggel sei, so Leprich weiter. „Ich begrüße es, dass die Bundesregierung am 17. Juli der Unterzeichnung des Tabakschmuggelprotokolls zugestimmt hat.“ Diese Initiative diene dem Gesundheits- und Verbraucherschutz. Nach wie vor stünden Zigaretten bei Produktfälschungen mit weitem Abstand an erster Stelle. „Wir können die Produktpiraterie nur erfolgreich zurückdrängen, wenn wir dem Zoll in Europa und seinen Bediensteten die materiellen und immateriellen Möglichkeiten dazu geben.“ Auch in Deutschland müsse die Strategie bei der Bekämpfung des Zigarettenschmuggels überprüft und der Lage angepasst werden. Denn die Beschlagnahmezahlen verharrten auf niedrigem Niveau.



*BDZ Chef Klaus H. Leprich*
© dbb, 2013

Grundsätzlich positiv bewertete der BDZ-Bundesvorsitzende die Haltung der Europäischen Kommission zu den Zollverwaltungen der Mitgliedstaaten: „Die Kommission erkennt die schwierige Arbeit der Zollbeamtinnen und -beamten an, wenn sie auf den wesentlichen Beitrag des Zolls bei der Bekämpfung von Produktfälschungen verweist.“ Der für Zollfragen zuständige EU-Kommissar Algirdas Šemeta hatte am 5. August erklärt: „Im Kampf gegen die Produktpiraterie, die den legalen Handel verdrängt, steht der Zoll in der EU an vorderster Front.“

Leprich betonte, die Europäische Kommission müsse die richtigen Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis ziehen. „Wer leistungsfähige öffentliche Dienste will, darf mit seinen politischen Maßnahmen und Empfehlungen nicht dazu beitragen, dass die Staaten ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen können.“ Letztlich liege die Verantwortung für die Umsetzung der EU-Vorgaben bei den europäischen Mitgliedstaaten. Da bestehe auch in Deutschland Optimierungspotenzial.

## Ende der Vogel-Strauß-Politik

**Die dbb Sozialexpertin Siglinde Hasse, Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft der Sozialversicherung und stellvertretende Vorsitzende des Beschäftigungs- und Sozialausschusses der CESI, plädiert für eine Abkehr von der „Vogel-Strauss-Politik" in Sachen Europa. „Wir Gewerkschaften müssen uns konstruktiv-kritisch mit den Folgen auseinandersetzen, die eine europäische Wirtschaftsregierung haben wird", zeigt Hasse sich überzeugt. „Die Währungsunion wird mittelfristig eine Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der Eurozone nach sich ziehen. Darauf müssen wir uns einstellen, und wir müssen uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Richtung nach oben weist und nicht nach unten." Der dbb setze dabei auf die CESI. „Wir haben uns für den Weg der gemeinsamen Interessenvertretung in der CESI entschieden, damit unsere Mitglieder und ihre Anliegen in Europa Gehör finden."**




*Siglinde Hasse, Vize-Präsidentin des SOC-Ausschusses*
© CESI, 2013

Hasse betrachtet ein verstärktes europäisches Engagement der Gewerkschaften als notwendig. „Ich bin froh, dass der dbb sich stark in der CESI engagiert." Die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) biete ein wichtiges politisches Feld, ohne das auch die nationale Gewerkschaftsarbeit nicht mehr erfolgreich sein könne. „Wir müssen die Europäisierung als Chance begreifen und sehen ja beispielsweise an den Möglichkeiten, die der deutsche Arbeits- und Ausbildungsmarkt heute Jugendlichen aus Europa bietet, wie viel wir voneinander lernen und profitieren können." Selbstverständlich gelte es auch für die Deutschen, von ihren Nachbarn und Partnern zu lernen. „Wenn ich mir zum Beispiel die demografische Entwicklung Frankreichs ansehe, müssen die ja etwas richtig machen, was bei uns besser laufen könnte."

Insgesamt sei es unverzichtbar, Europäisierung nicht als Nullsummenspiel zu begreifen. „Wir dürfen nicht immer befürchten, irgendetwas zu verlieren. Vielmehr müssen wir schauen, wie wir qualitativ hinzugewinnen können und zwar gemeinsam." Hasse zeigt sich überzeugt, dass die Währungsunion fortbestehen und also zu einer allmählichen Angleichung der Lebensverhältnisse führen wird. Darauf gelte es sich einzustellen. „Unsere Handlungsmöglichkeiten erweitern sich über die nationalen Grenzen hinaus. Das ist zunächst einmal weder positiv noch negativ, sondern einfach nur eine Tatsache." Hasse will sich intensiv in die weitere europapolitische Arbeit auf Ebene der CESI und auch im dbb einbringen. Die Offenheit für die sich vollziehenden europäischen Entwicklungen dürfe aber nicht den Blick auf die Interessen der Beschäftigten verstellen: „Die europäische Politik darf die Menschen nicht überfordern bei den Schritten, die zur dauerhaften Stabilisierung der Eurozone zu gehen sind."

## Portugal: Verfassungsgericht stoppt Beamtenentlassungen

**Das portugiesische Verfassungsgericht ist der Regierung in Lissabon Ende August in den Arm gefallen. Ein neuer drastischer Sparplan zulasten der Beamten wurde höchstrichterlich gestoppt. CESI-Generalsekretär Klaus Heeger zeigte sich sehr zufrieden über die Entscheidung des Verfassungsgerichts. „Entscheidungen wie die der portugiesischen Regierung sind nicht dazu angetan, das Vertrauen der öffentlich Bediensteten in die Regierung zu sichern. Loyalität ist keine Einbahnstraße. Es ist gut, dass die Richter das Vorhaben verhindert haben."**

Heeger sagte weiter zum Urteil des portugiesischen Verfassungsgerichts: „Es ist gut zu wissen, dass es eine unabhängige Rechtsprechung gibt, die Irrtümer der Regierenden korrigiert." Es sei zwar richtig, dass Portugal Reformen brauche und sparen müsse. „Das kann aber nicht alles sein. Das Land braucht auch Wachstumsimpulse, damit wieder neue Arbeitsplätze entstehen und die grassierende Massenarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden kann." Dass Beamte in unbezahlte Umschulungen gezwungen oder gleich entlassen werden sollten, bezeichnete Heeger als gravierenden Fehler: „Worauf will die

Regierung denn aufbauen, wenn sie sich ihren administrativen Unterbau weghaut? Wer mit der Abrissbirne an seinen öffentlichen Dienst geht, erntet nur noch mehr Arbeitslosigkeit und noch weniger Wettbewerbsfähigkeit." Eine gut funktionierende, bürgerfreundliche und effiziente öffentliche Verwaltung sei ein wichtiger Entscheidungsfaktor für Investoren.




*CESI-Generalsekretär Klaus Heeger*
© CESI, 2013

Das Gesetz hatte vorgesehen, dass Beamte während einer Zwangsumschulung nur noch 63 beziehungsweise nach sechs Monaten sogar nur noch 50 Prozent ihrer Besoldung erhalten hätten. Nach einem Jahr sollten sie, sofern sie keine neue Verwendung fänden, entlassen werden können. Knapp eine Milliarde Euro sollte auf diese Weise bis 2016 eingespart werden. Das Verfassungsgericht stoppte das Gesetz mit Verweis auf die bei Einstellung zugesagte Arbeitsplatzsicherheit und den besonderen Status der Beamten. Die Belastung der Beamten sei unverhältnismäßig. Die Regierung von Ministerpräsident Passos Coelho war schon im April mit einem Sparpaket vom Verfassungsgericht ausgebremst worden. Die Regierung in Lissabon steht jedoch gegenüber den Europartnern, IWF und EZB im Wort, die das Land seit Mai 2011 mit Kredithilfen und Garantien über Wasser halten.

## CESI-Mitglied kündigt EU-weiten Aktionstag an

**Die europäische Vereinigung der Fluglotsen ATCEUC (Air Traffic Controllers European Union's Coordination) ist seit diesem Frühjahr Mitglied der CESI. Am 3. September beschloss der Vorstand der ATCEUC einen europaweiten Aktionstag gegen die Pläne der EU-Kommission für einen einheitlichen europäischen Luftraum. Die ATCEUC hat ihre 14.000 Mitglieder für den 10. Oktober zum Widerstand gegen dieses Vorhaben aufgerufen. Die Kommission unternehme mit ihrem Rechtsetzungsschritt „Single European Sky II+" und der darin vorgesehenen Leistungsregulierung den Versuch einer weitreichenden Deregulierung der Flugsicherung. Diese führe zwangsläufig zu Privatisierungen in Teilbereichen der Flugsicherung, gegen die sich die ATCEUC wehrt. „Die Kommission gräbt mit ihren Vorschlägen unseren Arbeitgebern das Wasser ab", sagte der Vorsitzende der ATCEUC Volker Dick.**

Die Kommission führt an, dass der europäische Luftraum zersplittert sei, was zu hohen Kosten führe. „Das ist zwar richtig. Der Luftraum ist aber wegen staatlicher Grenzen und militärischer Luftbewegungen zersplittert", so Dick. „Das führt zu jeder Menge Verspätungsminuten, für die wir nichts können, die uns aber zugerechnet werden." Die ATCEUC befürwortet einen einheitlichen Luftraum, sieht aber nicht die Notwendigkeit der Aufgabenprivatisierung. Die Arbeit der Fluglotsen sei eine hoheitliche Aufgabe und für die Sicherheit des Flugverkehrs in Europa unverzichtbar. „Die Lösung bestünde für uns darin, dass die Flugsicherungsdienste von einem einzigen öffentlich-rechtlichen europäischen Dienstanbieter versehen werden."



*Arbeitsplatz der Fluglotsen*
© Paul Heasman - Fotolia.com

In Deutschland war der Versuch, die Flugsicherung zu privatisieren, bereits im Jahr 2006 im letzten Moment wegen verfassungsrechtlicher Bedenken vom Bundespräsidenten gestoppt worden. „Sollte es nicht noch zu einer Einigung im Dialog der Europäischen Institutionen mit uns kommen, ist für den 10. Oktober mit erheblichen Störungen des Flugverkehrs zu rechnen", so Dick.

### Wi-Fi für ganz Europa

Zwischen 2012 und 2017 wird es laut einer europäischen Studie zu einer jährlichen Steigerung des Datenverkehrs über Mobilfunk um 66 Prozent kommen. Die Mobilfunknetze könnten durch den höheren Datenverkehr an ihre Kapazitätsgrenzen geraten. Die Europäische Kommission will sich deshalb dafür einsetzen, dass für Wi-Fi-Netze weitere Frequenzen zur Verfügung gestellt werden, damit diese lokalen Verbindungen die Mobilfunknetze entlasten können. Die Studie hatte ergeben, dass Verbraucher in den meisten Fällen eine lokale Drahtlosverbindung dem eigentlichen Handynetz vorziehen, da sie so Kosten sparen können.

### „Made in Germany" bleibt

Während des Sommers sahen vor allem deutsche Medien die Herkunftsbezeichnung „Made in Germany" in akuter Gefahr. Die neuen Vorschläge der Europäischen Kommission zu Produktsicherheit waren so ausgelegt worden, als solle ein neues Label „Made in Europe" vollständig die alten ersetzen. Die Kommission stellte nun aber klar, dass es ihr vielmehr um den Schutz der Länderlabel gehe, sie diese auf keinen Fall abschaffen wolle. Jedes Produkt, dessen „wesentliche, wirtschaftlich gerechtfertigte Be- und Verarbeitung" in Deutschland stattfindet, darf auch künftig mit „Made in Germany" bezeichnet werden.




*Das in den 1880er Jahren von den Briten eingeführte Label sollte Käufer vor billigen deutschen Industriekopien warnen*
© abcmedia - Fotolia.com

### Weniger Katzenhaie für Deutschland

Regelmäßig überprüft die Europäische Kommission, ob sich die Mitgliedstaaten an die festgelegten Fangquoten für Fische halten. Durch die Beschränkung soll eine Überfischung und damit die Gefährdung ganzer Bestände verhindert werden. Wenn ein Mitgliedstaat seine Fangquoten in einem Jahr überschritten hat, darf er entsprechend weniger aus demselben Bestand im Folgejahr fangen. Mitte August legte die Kommission eine Liste vor, die genau ausweist, welcher Mitgliedstaat, welche Fischart schonen muss. Für Deutschland wurde festgelegt, dass im laufenden Jahr knapp eine Tonne Katzenhai weniger gefangen werden darf als im Vorjahr. Die größten Einschränkungen wurden Zypern auferlegt, das auf fast 1.400 Tonnen Thunfisch verzichten muss.

### Abwasser fließt in die richtige Richtung

Die Behandlung von Abwasser ist ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz und zur Verbesserung der Qualität von Gewässern. In ihrem neuen Bericht zur Abwasserbehandlung in Europa stellt die Kommission den Mitgliedstaaten insgesamt ein gutes Zeugnis aus. In keinem der Länder ist der Standard seit 2007 gesunken, die meisten Staaten haben spürbare Fortschritte gemacht. Am besten stehen Deutschland, Österreich und Finnland da, die in den drei Prüfbereichen Sammelquote, Zweitbehandlung und weitergehende Behandlung jeweils das Maximum erreichen. Vor allem die Länder Osteuropas, die erst später der Europäischen Union beigetreten sind, haben hier noch teils großen Nachholbedarf, konnten in den vergangenen Jahren aber substantielle Fortschritte machen.

### Weniger Gift im Spielzeug

Seit 2009 legt eine EU-Richtlinie Grenzwerte für chemische Schadstoffe in Kinderspielzeug fest. Diese Höchstwerte sind nun für alle Mitgliedstaaten bindend geworden. Ab sofort sind damit 55 krebserregende Substanzen verboten, bestimmte Allergene müssen verpflichtend ausgewiesen werden. Bestimmte Stoffe wie etwa Schwermetalle sind hingegen nicht verboten, dürfen bestimmte Grenzwerte aber nicht überschreiten. Deutschland hat für all diese Substanzen bereits eigene Grenzwerte eingeführt, die ein noch höheres Schutzniveau als das von der EU mindestens geforderte garantieren.

Ausblick

**Bundestagswahl 2013:**
**Europa in den Wahlprogrammen**

*Die wichtigsten europapolitischen Aussagen der Wahlprogramme der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien werden auf den folgenden Seiten parteipolitisch neutral zusammgefasst. Rechts neben den Parteilogos finden sich im Briefsymbol Hyperlinks auf die vollständigen Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und Bündnis 90/ Die Grünen.*

CDU und CSU sehen Deutschlands Zukunft in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm in einem starken Europa. Die EU sei „eine einmalige Werte- und Rechtsgemeinschaft". Der überragende Erfolg der europäischen Einigung verpflichte und ermutige dazu, den Weg fortzusetzen, „der für eine friedliche und demokratische Einigung Europas steht". CDU und CSU betonen die Bedeutung der christlich-abendländischen Wurzeln und der Ideen der Aufklärung für Europa. Sie setzen sich dafür ein, einen Gottesbezug in den EU-Vertrag aufzunehmen.

Deutschland werde von anderen in Europa und der Welt als Vorbild gesehen. Dies sei insbesondere auf die ausgewogene deutsche Wirtschaftsstruktur mit einem starken Mittelstand, einer leistungsfähigen Industrie und einer gelebten Sozialpartnerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zurückzuführen. CDU und CSU meinen, dass ihre Politik Deutschland zum „Stabilitätsanker und Wachstumsmotor Europas" gemacht habe. Aus Deutschlands starker Stellung ergebe sich eine besondere Verantwortung in der „Schuldenkrise". CDU und CSU bekennen sich zur gemeinsamen europäischen Währung.

Angesichts der weltweiten demografischen Verschiebungen sei der Wohlstand nur zu sichern, wenn Europa ein wettbewerbsfähiger Kontinent bleibe. CDU und CSU kämpften daher „für eine starke und wettbewerbsfähige Europäische Union, die gestärkt aus der Schuldenkrise heraus kommt". Es seien wichtige Reformen auf den Weg gebracht worden, so vor allem die europäischen „Schuldenbremsen" nach deutschem Vorbild. Zugleich werde mit Strukturreformen der „Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung geebnet".

Die Krise sei entschärft, aber noch nicht gelöst: CDU und CSU bekennen sich zur Solidarität mit den europäischen Nachbarn. Hilfe setze aber auch eigene Leistungen voraus. Die Schuldenberge müssten abgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden. EU-Fördermittel sollten „stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen". Besonders gelte das für Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

CDU und CSU sind gegen die Einführung von Eurobonds. Sie lehnen diese als „Weg in eine europäische Schuldenunion" ab. Als Haupthandlungsfelder für die „Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion als Stabilitätsunion" nennen CDU und CSU die europäische Bankenunion, strikte Haushaltsregeln und Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa. Die europäische Bankenaufsicht solle für große, systemrelevante Banken gelten, die deutsche Bankenaufsicht weiter für Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Eine europaweite Einlagensicherung und damit eine Vergemeinschaftung des Haftungsrisikos werden abgelehnt. Die Rolle der EU-Kommission wollen CDU und CSU im Rahmen des Fiskalpakts gestärkt sehen. Wer gegen die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts verstoße, müsse mit Sanktionen rechnen.

Um „unser Sozialmodell bewahren und fortentwickeln" zu können, soll auf EU-Ebene ein Pakt für Wettbewerbsfähigkeit geschlossen werden. „Dabei ist es unser Ziel, die Schwachen zu stärken und die Leistung der Besten zum Maßstab für alle zu machen." Speziell bei der Einführung der dualen Ausbildung in Schule und Betrieb sollen andere europäische Länder von Deutschland unterstützt werden. Mit der „Jugendoffensive" wollen CDU und CSU „Investitionen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa" auf den Weg bringen.

CDU und CSU setzen auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den europäischen Partnern, betonen dabei die besondere Bedeutung der deutsch-französischen Partnerschaft und auch des Weimarer Dreiecks aus Frankreich, Polen und Deutschland.

Mehr Bürgernähe wird für Europa eingefordert. „Für CDU und CSU sind die Nationalstaaten und die Regionen prägende Bestandteile eines Europas

der Einheit in Vielfalt. Wir wollen kein zentralistisch organisiertes und regiertes Europa." Deutsch soll in den EU-Institutionen mit dem Englischen und Französischen gleich behandelt werden. Beide Parteien wollen sich für mehr Austausch und Begegnungen von Bürgerinnen und Bürgern in Europa einsetzen.




Die SPD will wieder für mehr Europafaszination sorgen. Es fehle an „Begeisterung oder Inspiration für unser Europa", heißt es im Wahlprogramm der Sozialdemokraten. Die Krisenbekämpfung sei zu spät erfolgt oder nur halbherzig vollzogen worden. Europa müsse dem „Neoliberalismus und Marktradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft" entgegenstellen. „Dem kalten Wettbewerbseuropa muss endlich eine sozial verantwortlich handelnde EU entgegengesetzt werden."

Die EU-Kommission soll zu einer Regierung ausgebaut, vom Europäischen Parlament gewählt und kontrolliert werden. Das Parlament soll das Initiativrecht erhalten und in der Gesetzgebung auf Augenhöhe mit dem Rat agieren. Die SPD erklärt, künftig nur noch einen Kommissionspräsidenten mitzutragen, wenn dieser zuvor als Spitzenkandidat eine Mehrheit in den Europawahlen bekommen hat. Reformen der EU sollen zunächst im Rahmen der bestehenden Verträge erfolgen. „Darüber hinausgehende vertragliche Reformschritte müssen durch einen Konvent erarbeitet werden, in dem Parlamente und Regierungen gleichberechtigt arbeiten und die Zivilgesellschaft effektive Mitwirkungsmöglichkeiten hat."

Die EU solle sich auf die „großen Zukunftsaufgaben" konzentrieren. Die SPD schließt Rückübertragungen von Kompetenzen auf die nationale Ebene nicht aus, „wenn sich eine europäische Zuständigkeit als nicht sinnvoll erwiesen hat". Es müsse das Prinzip der Subsidiarität gelten. Gleichzeitig spricht die Partei sich für eine gemeinsame Wirtschaftsregierung in der Währungsunion aus. Das Thema der gemeinsamen Haftung dürfe „kein Tabu mehr bleiben". Es liege in deutschem Interesse, die gemeinsame Währung zu verteidigen. Ein europäischer „Schuldentilgungsfonds" wird als mögliches Instrument angeführt. Die SPD will sich für die europaweite Durchsetzung der Finanztransaktionssteuer einsetzen.

Die europäische Wirtschaftsregierung müsse parlamentarisch kontrolliert werden. Dazu seien das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente zu stärken. Darüber hinaus soll eine europäische Sozialunion begründet werden. „Die Sozialunion muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU - Grundrechtecharta angelegt sind."

In Europa sollen „gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort" durchgesetzt und die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt werden. „Wir wollen den Sozialen Stabilitätspakt einrichten." Für die Höhe der Sozial- und Bildungsausgaben soll es relativ zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt Vorgaben geben sowie „existenzsichernde Mindestlöhne" entsprechend der jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen. Die SPD befürwortet keine Vereinheitlichung der nationalen Sozialsysteme. „Wir brauchen aber gemeinsame Standards, um unsere Sozialsysteme zu schützen." Die öffentliche Daseinsvorsorge dürfe nicht durch die EU in Frage gestellt werden. Die SPD will sich für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen einsetzen, betont das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. „Wir werden uns Vorhaben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entgegenstellen."

Die SPD konstatiert eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung in Europa, verweist auf die besonders unter jungen Menschen „bedrohliche" Arbeitslosigkeit und befürchtet eine Demokratiekrise. Sparen allein führe nicht ans Ziel. Europa brauche klare Regeln für Banken und Finanzmärkte. Die gemeinsame Bankenaufsicht sei richtigerweise auf die EZB übertragen worden, müsse aber perspektivisch in eine eigenständige Behörde ausgegliedert werden. Zudem fordert die SPD eine europäische Abwicklungsbehörde, einen europäischen Restrukturierungsfonds für große Banken und eine europäische Ratingagentur. Die Steuerpolitik zwischen den EU-Staaten soll mit dem Ziel einer Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen und Kapitaleinkommen stärker abgestimmt werden. Europa brauche einen „neuen Impuls für nachhaltiges Wachstum". Die gemeinsame Verpflichtung zu soliden Finanzen müsse

Ausblick

deshalb um eine gemeinsame Wachstumsstrategie ergänzt werden. Dazu soll ein europäischer „Investitions- und Aufbaufonds“ eingerichtet werden.

FDP Die Liberalen

Die FDP bezeichnet den europäischen Einigungsprozess in ihrem Wahlprogramm als größten „Freiheitsgewinn in der Geschichte unseres Landes“. Die Herausforderungen der Zeit seien nur mit Europa als globaler Gestaltungskraft zu bewältigen. Der Weg der Vertiefung der EU solle verantwortungsvoll weiter beschritten werden – „hin zu einer politischen Union mit festen föderalen Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung“. Am Ende dieser Entwicklung, die FDP setzt auf die Konventsmethode, soll „ein durch eine europaweite Volksabstimmung legitimierter europäischer Bundesstaat“ stehen. Das Europäische Parlament müsse zu einem „Vollparlament“ weiterentwickelt werden, Parlament und Rat gleichberechtigt über das Initiativrecht verfügen. Europäische Parteien sollen „mit staatenübergreifenden Wahllisten“ antreten. Die Kommission soll effizienter und hinsichtlich der Anzahl der Kommissare verkleinert werden. Die Liberalen sprechen sich für ein europäisches Subsidiaritätsgericht aus, das Kompetenzverstöße rügen kann.

Vor neuen Erweiterungen der Union soll diese institutionell vertieft werden. Die Aufnahmevoraussetzungen neuer Mitglieder seien zudem streng einzuhalten. Die FDP hält an der Beitrittsperspektive der Türkei fest. Angesichts der Entwicklungen in Ungarn und Rumänien fordert die FDP eine Verbesserung der „Rechtsstaatskontrolle“ durch die EU. Es bedürfe eines „angemessenen Mechanismus“ für Sanktionen.

Die FDP will sich für die europäische Reisefreiheit einsetzen. „Wir Liberalen sind daher vehement dagegen, nationalen Regierungen einen Blanko-Scheck zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu geben.“ Die FDP fordert den Ausbau europäischer Austauschprogramme, um die europäische Identität der Menschen zu stärken.

Weiteren Reformbedarf sieht die FDP in der europäischen Agrarpolitik. „Wir wollen die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen und einen konsequenten Bürokratieabbau verbessern.“ Die Direktzahlungen sollen ab 2020 schrittweise reduziert werden.

Den Kampf gegen die „Schuldenkrise“ zählt die FDP zu den wichtigsten Herausforderungen. „Die Stabilisierung der Gemeinschaftswährung liegt im ureigensten Interesse Deutschlands.“ Die Wettbewerbsfähigkeit müsse verbessert, die Haushaltskonsolidierung vorangetrieben werden, um eine Wachstumsperspektive zu eröffnen. Die „Jugendgarantie“ der EU-Kommission hält die FDP für ordnungspolitisch falsch; sie wirbt vielmehr für das duale Ausbildungssystem. Die FDP habe für eine neue Stabilitätskultur gesorgt. Deshalb seien das Haftungsvolumen für den Bundeshaushalt verfassungsrechtlich streng begrenzt und das Haushaltsrecht des Bundestages unangetastet geblieben. Die FDP lehnt eine „Vergemeinschaftung der Schulden durch Eurobonds oder einen Schuldentilgungsfonds ab. Eine „Staatsfinanzierung durch die EZB und damit die Sanierung der Staatshaushalte durch Inflation lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab“.

Die Hilfe für die Krisenländer habe nach dem Prinzip „keine Leistung ohne Gegenleistung“ zu erfolgen. Die Länder müssten sich zu anspruchsvollen Reformen verpflichten. Dabei dürfe jedoch nicht der Eindruck einer von Deutschland dominierten und dirigistisch lancierten Austeritätspolitik entstehen. Deutschland solle anderen EU-Staaten konstruktiv bei den Strukturreformen zur Seite stehen und für einen klugen Einsatz von EU-Mitteln werben, „um möglichst schnell wirtschaftlichen Aufschwung für alle zu ermöglichen“.

Der Reformdruck müsse aber erhalten bleiben ebenso wie die Verantwortung der Mitgliedstaaten für ihre Haushalte. „Deshalb lehnen wir europäische Steuern ab.“ Die FDP spricht sich für eine effektivere Bekämpfung von Steuerhinterziehung aus. „Zusammen mit unseren Partnern müssen wir durch Informationsweitergabe ein Abwandern von Vermögen aus einigen Mitgliedstaaten verhindern." Die FDP bezeichnet eine „sinnvolle Regulierung“ des Bankensektors und eine Bankenkontrolle als „unerlässlich“.

Ausblick

DIE LINKE. fordert einen „Politikwechsel in Europa“. Solidarität soll an die Stelle eines „brutalen Wettbewerbs“ treten, Demokratie und Mitbestimmung sollen „elitäre Hinterzimmerdiplomatie“ ersetzen. „Wir wollen eine Europäische Union ohne Ausgrenzung, Armut und Krieg. Wir wollen eine EU, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert ist“. DIE LINKE. will einen neuen Vertrag „für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union“.

DIE LINKE. erklärt, sie stehe gegen die Pläne „aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien“, was die Kontrolle der nationalen Haushalte durch die Europäische Kommission anbelangt. „Wir wehren uns gegen die Logik einer weiteren Entmachtung der Parlamente.“ Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht, den die Partei wie den Vertrag von Lissabon ablehnt, gebe es eine „umfassende neoliberale Ausrichtung“ der Europäischen Union. DIE LINKE. erklärt, nicht für ein Ende des Euro einzutreten. Die Währungsunion habe aber „große Konstruktionsfehler“. Die „Kürzungsdiktate“ müssten beendet werden. Die Wirtschafts-, Fiskal-, Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken der Mitgliedstaaten seien künftig enger abzustimmen, um den Wettbewerb durch Steuer-, Sozial- und Lohndumping zu unterbinden.

„Mittels einer Ausgleichsunion müssen die Euro-Staaten auf das Ziel ausgeglichener Handelsströme verpflichtet werden, bei dem nicht primär Länder mit hohen Lohnzuwächsen bestraft, sondern Länder mit zu niedrigen Lohnzuwächsen und abgesenkten Sozialstandards (Stichwort Agenda 2010 und Rente mit 67) wie insbesondere Deutschland zu höheren Lohn- und Sozialstandards aufgefordert werden.“

Die LINKE. will, dass Gewerkschaften und Tarifverträge europaweit gestärkt werden. „Sozialstaatlichkeit“ müsse zu den Zielen und Werten der EU gehören und „höchste Priorität“ haben. Eine soziale Fortschrittsklausel soll den Vorrang sozialer Grundrechte vor den „Grundfreiheiten des Kapitals“ sichern. „Um mit dem finanzgetriebenen Kapitalismus zu brechen, bedarf es eines Neuanfangs in eine demokratisch kontrollierte wirtschaftliche Entwicklung.“ Gewerkschaften und „andere soziale Bewegungen“ sollen „ihre Kämpfe“ in Europa koordinieren und intensivieren, um auf Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem hinzuarbeiten. „Das Recht auf politischen Streik muss in ganz Europa ausgeübt werden können.“

Gegen die „Massenarbeitslosigkeit“, „Armut und Perspektivlosigkeit“ der Jugend seien in den Krisenländern sofort wirksame Schritte einzuleiten. Die LINKE. fordert dazu ein Investitionsprogramm, „das vor allem auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen und sozial-ökologische Konversion setzt“. Sie wolle eine EU, „die Wohlstand und Wohlfahrt für alle fördert“.

Die Rechte des Europäischen Parlaments will DIE LINKE. gestärkt sehen. Zusätzlich sollen basisdemokratische Elemente in der EU geschaffen und ausgebaut werden. „In der EU müssen verbindliche Volksbegehren und Volksentscheide möglich werden, mit denen auch die EU-Verträge geändert werden können.“

Die LINKE. fordert eine Stärkung der Grundrechte in Europa: „gegen Profiling und verdachtsunabhängige Datenspeicherung, für eine demokratische Kontrolle der Einhaltung der Grundrechte“. Die Reisefreiheit müsse innerhalb der EU für alle Menschen gelten. Abschaffen will DIE LINKE. sowohl die EU-Agentur zur Sicherung der Außengrenzen Frontex als auch die EU-Rüstungsagentur. Frontex „ist und bleibt Symbol der unmenschlichen Abschottungspolitik der EU gegenüber Menschen in Not“. Die LINKE. kämpfe für eine „humane und solidarische“ Flüchtlingspolitik. In der Asylpolitik will die Partei das Prinzip der „freien Wahl des Mitgliedstaates“ durchsetzen. Rüstungsexporte sollen verboten werden.

Die Grünen wollen für ein „gerechtes Europa“ kämpfen. Die Sparpolitik habe dazu geführt, dass sich die Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern zusätzlich verschärfte. Die Grünen werben für eine „Wirtschafts- und Solidarunion“. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit setzen die Grünen sich für eine Jugendgarantie ein, die

Ausblick

„nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung, Lehrstelle oder Weiterbildung“ zusichert. Die Finanzierung müsse europäisch sichergestellt werden.

Die Grünen fordern eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht, um die „Unterbietungswettbewerbe bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards“ zu beenden. Sie fordern gemeinsame soziale Mindeststandards, einen Mindestlohn und eine Grundsicherung, die sich am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt orientieren sollen sowie „das Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung“. Der „Steuerwettlauf innerhalb Europas“ soll eingedämmt werden, Steuervermeidung, -hinterziehung und –dumping seien zu verhindern.

Verstärkte Einwanderung dürfe kein Grund für die Schließung der Binnengrenzen sein. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum könne nur ein „allerletztes Mittel“ sein und müsse gemeinsam auf europäischer Ebene entschieden werden. „Alle EU-BürgerInnen, gleich welcher Herkunft oder Ethnie, sollen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, sich in einem anderen EU-Land Arbeit zu suchen.“ Die Partei spricht sich für ein „faires Asylsystem“ aus und will legale Zuwanderung ermöglichen. Die EU müsse das Recht auf Asyl durchsetzen. Flüchtlinge sollten selbst entscheiden können, wo sie das Recht auf Asyl beantragen.

Die Grünen fordern die EU-Erweiterung um alle Staaten des westlichen Balkans. Auch die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei bräuchten „neuen Schwung“. In der Türkei gebe es nach wie vor Defizite, gerade „ein ernsthafter Beitrittsprozess verspricht jedoch den meisten Reformerfolg“.

Die Grünen fordern, der Gemeinschaftsmethode sei grundsätzlich Vorrang einzuräumen vor intergouvernementalem Handeln. Die „grüne Strategie für mehr Demokratie in der EU“ setze auf „eine starke Allianz der Parlamente aller Ebenen - und auf die aktive Einmischung der EuropäerInnen“. Die europäische Bürgerinitiative soll zu einem europäischen Volksentscheid fortentwickelt werden. Die Grünen fordern einen neuen, öffentlichen Konvent, in dem Zivilgesellschaft und Sozialpartner Platz finden sollen.

Die Grünen treten dafür ein, dass alle EU-Bürger das Wahlrecht für alle Wahlen in dem Mitgliedstaat erhalten, in dem sie seit fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz haben. Das Europäische Parlament soll das Initiativrecht erhalten und in allen Politikbereichen mitentscheiden können. Die Parteien sollen transnationale Listen aufstellen und europäische Spitzenkandidaten benennen, der Wahlsieger Kommissionpräsident werden.

Die Grünen wollen, dass die künftige Bundesregierung den Neubau von Atomkraftwerken in der EU verhindert und sich für einen europaweiten Atomausstieg einsetzt. „Die deutsche Energiewende soll Europa ökologisch-innovative Impulse geben.“ So müsse die „groß angelegte Subventionierung von fossilen und atomaren Energieträgern“ beendet werden. Zudem soll die EU-Agrarpolitik reformiert werden: „Wir wollen nicht, dass agroindustrielle Großbetriebe oder ein sinnloses Projekt wie der Fusionsreaktor ITER mit Milliarden subventioniert werden, während immer mehr bäuerliche Kleinbetriebe aufgeben müssen oder für das Erasmus-Programm zu wenig Mittel zur Verfügung stehen.“ Der Eigenmittelanteil der EU müsse erheblich ausgeweitet werden. Rabattregelungen seien abzuschaffen.

Die Grünen wollen Kompetenzen auf untere Ebenen zurückverlagern, „wenn es sachlich sinnvoll erscheint“. Wie es in vielen Bereichen sinnvoll sei, mehr Souveränität nach Europa zu verlagern, ließen sich „manche Bereiche besser national, regional oder lokal regeln“. „Wir wollen, dass diejenige Ebene entscheidet, die bei der jeweiligen Herausforderung am besten, bürgernah und mit der höchsten Legitimität agieren kann.“

**Termine**

| | |
|---|---|
| **09.-12.09.2013** | Plenum Europäisches Parlament, Straßburg |
| **09.-12.09.2013** | EU-Jugendkonferenz in Vilnius |
| **10.09.2013** | Kommission verabschiedet Legislativpaket zum Telekommunikationsmarkt |
| **11.09.2013** | „State of the Union“ Ansprache des Kommissionspräsidenten, Brüssel |
| **13./14.09.2013** | Informelles Treffen der EU-Finanzminister, Vilnius |
| **15.09.2013** | Landtagswahl in Bayern |
| **15./16.09.2013** | Konferenz der Vorsitzenden der Wirtschafts- und Haushaltsausschüsse der nationalen Parlamente |
| **22.09.2013** | Bundestagswahl und Landtagswahl in Hessen |
| **26.09.2013** | Rat für Wettbewerbsfähigkeit |
| **27.09.2013** | Bundesrat: Ausschuss für Fragen der EU |
| **29.09.2013** | Nationalratswahlen in Österreich |
| **30.09.2013** | EBD-De-Briefing zum Rat für Wettbewerbsfähigkeit |

**Europa und die Bundestagswahl 2013: Fragen an die Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer von *CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CSU***



© CDU/ Laurence Chaperon; SPD; FDP; DIE LINKE; Bündnis 90/DIE GRÜNEN; CSU

*In der heißen Wahlkampfphase sind besonders die Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer der Parteien gefordert. Auch Europa spielt im Bundestagswahlkampf 2013 eine bedeutende Rolle. Deshalb fragten wir die Parteimanager der im Bundestag vertretenen Parteien, wie ihre Parteien es mit Europa halten. Hermann Gröhe, Andrea Nahles, Patrick Döring, Matthias Höhn, Steffi Lemke und Alexander Dobrindt (unser Bild v.l.n.r.) beantworten auf den folgenden Seiten Fragen nach dem Stellenwert Europas für ihre jeweilige Partei, Deutschlands Rolle in Europa und die Fortentwicklung der Europäischen Union.*

**Europathemen**: *Welchen Stellenwert hat Europa für Ihre Partei?*

**Gröhe (CDU)**: Die CDU ist die deutsche Europapartei. Europa ist daher für uns eine Herzensangelegenheit. Unter unserer Führung ist die Europäische Union ein geachteter Staatenverbund geworden. Sie ist eine weltweit einmalige Werte- und Rechtsgemeinschaft. Die EU steht für Menschenrechte und Freiheit, für Wohlstand und soziale Sicherheit, für Toleranz und friedliches Zusammenleben nach innen und nach außen.

Wir kennen in unserem Alltag keine Mauern und keine Schlagbäume mehr. Dass wir in Europa frei reisen, überall leben, arbeiten und lernen können, zeigt den überragenden Erfolg der europäischen Einigung. Diesen Erfolg begreifen wir als Verpflichtung und Ermutigung, den Weg fortzusetzen, der für eine demokratische und friedliche Einigung Europas steht.

**Nahles (SPD)**: Schon 1925 setzte sich die Sozialdemokratie mit der Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa für die europäische Einheit ein. Die Europäische Union ist vor allem ein Friedensprojekt, wir wollen sie zur handlungsfähigen Friedensmacht ausbauen. Europa ist aber auch eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft. Das europäische Gesellschaftsmodell

verbindet wirtschaftlichen Fortschritt, sozialen Ausgleich und individuelle Freiheit. Es setzt Maßstäbe für die Gleichstellung von Frauen und Männern und gewährleistet die Rechte der Minderheiten.

Die Europäische Union droht aber an Vertrauen zu verlieren, wenn es nicht gelingt, ihre Politik demokratischer und sozial gerechter auszugestalten.

**Döring (FDP)**: Europa ist für uns Liberale unglaublich wichtig. So ist es erstens ein Teil unserer kulturellen Identität. Zweitens ist Europa nach zwei Weltkriegen Garant des Friedens auf dem europäischen Kontinent. Und drittens ist es ein weltweit einzigartiges Freiheitsprojekt, das einen ganzen Kontinent mit seinen Völkern und Volkswirtschaften zusammenwachsen lässt. So schafft Europa Frieden, Freiheit und Wohlstand für Millionen Menschen in einer globalisierten Welt.




*Welche Rolle spielt Europa am 22. September 2013?*
© benqook - Fotolia.com

**Höhn (DIE LINKE)**: Für DIE LINKE sind Europa- und EU-Politik von zentraler Bedeutung, da Gestaltungsspielräume zunehmend von Entscheidungen auf europäischer Ebene beeinflusst werden. Seit Jahren kritisiert DIE LINKE die marktradikale und undemokratische Ausrichtung des europäischen Integrationsprozesses. Spätestens die aktuelle Krise zeigte, dass dieser Kurs wie auch die Kürzungen und Reformen im Zug der „Euroretttung“ gescheitert sind und die Demokratie weiter aushöhlen. DIE LINKE will kein Zurück zum Nationalstaat, sondern kämpft für eine bessere EU. Unsere Forderungen zur Krisenüberwindung – unter anderem Investitionsprogramme, Finanzmarktregulierung – setzen daher auf europäischer Ebene an.

**Lemke (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)**: Wir GRÜNE sagen Ja zu Europa und setzen uns ein für ein solidarisches Europa der Bürgerinnen und Bürger. Die EU muss sich als Ort der Freiheit und Vielfalt, des Friedens und der Demokratie ständig weiterentwickeln. Die Integration muss vertieft werden. In Zeiten der Globalisierung ist ein geeintes und handlungsfähiges Europa auch von strategischer Bedeutung. Kein europäischer Nationalstaat, auch nicht Deutschland, kann die ökonomischen, ökologischen oder politischen Herausforderungen im Alleingang lösen.

**Dobrindt (CSU)**: Für die CSU ist die europäische Einigung das größte Friedenswerk der Nachkriegsgeschichte. Dazu haben Persönlichkeiten wie Theo Waigel und Edmund Stoiber maßgeblich beigetragen. Wir wollen die europäische Integration - allerdings keinen Bundesstaat Europa. Das Europa der Zukunft braucht vielmehr starke und eigenständige Regionen wie Bayern. Brüssel soll sich nicht in Belange einmischen, die Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen selbst regeln können. Glühbirnen, Duschköpfe oder Olivenölkännchen in Restaurants kommen auch ohne EU-Vorgaben aus. Außerdem können die Kommunen in Bayern am besten für sauberes Trinkwasser sorgen.

**Europathemen**: *Welche Rolle soll Deutschland in Europa spielen?*

**Gröhe (CDU)**: Deutschland ist heute für viele in Europa und auf der ganzen Welt ein Vorbild. Die Soziale Marktwirtschaft, unsere ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit unserer gelebten Sozialpartnerschaft, einem starken Mittelstand und einer leistungsfähigen Industrie gilt weltweit als Vorbild.

Mit der erfolgreichen Politik der CDU unter Führung von Angela Merkel ist Deutschland zum Stabilitätsanker und Wachstumsmotor in Europa geworden. Aus diesem Grund haben wir auch eine besondere Verantwortung bei der Lösung der Schuldenkrise. Wir stellen uns dieser Aufgabe, weil wir wissen, dass eine gemeinsame Währung Europas Wirtschaftskraft stärkt und Europa unsere lebenswerte Zukunft ist.

**Nahles (SPD)**: In der Außenpolitik wissen wir um die Verantwortung Deutschlands, nicht im Alleingang zu handeln, sondern zusammen mit seinen europäischen Partnern, im transatlantischen Bündnis und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Deutschlands Verantwortung innerhalb der EU ist mit der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Eurozone gewachsen.

Einblick

Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist, sondern eines, das im Interesse der Menschen handelt. Aus diesem Grund wollen wir die politische Union Europas weiter vertiefen. Wir müssen die Währungsunion zu einer Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln. Dabei geht es uns nicht um die Vereinheitlichung der bewährten nationalen Sozialsysteme in Europa. Wir brauchen aber gemeinsame Standards, um unsere Sozialsysteme zu schützen und so zu entwickeln, dass sie den Menschen zugutekommen.

**Döring (FDP)**: Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa und hat deswegen auch besondere Verantwortung. Trotzdem wäre es eine naive und gefährliche Illusion zu glauben, dass sich Deutschland in einer globalisierten Welt wirtschaftlich, politisch oder auch kulturell allein behaupten könnte. Deutschland muss Vorbild in Europa sein. Das gilt sowohl bei der weiteren Vertiefung der Integration als auch bei der Sicherung des Euros, etwa durch Haushaltskonsolidierung, ESM und Fiskalpakt.

**Höhn (DIE LINKE)**: DIE LINKE fordert, dass Deutschland sich nachdrücklich für eine enge europäische Koordinierung einsetzt, die sich eine binnenmarktorientierte, sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft zum Ziel nimmt und das schädliche Steuer-, Lohn- und Sozialdumping beendet. Deutschland muss die Vorkämpferrolle bei der strikten Regulierung des Banken- und Finanzsektors einnehmen und konstruktiver mit dem Europaparlament zusammenarbeiten. Zudem muss die Bundesregierung für eine Neuausrichtung und Zivilisierung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU sowie für eine gerechte Außenhandels- und Entwicklungspolitik eintreten.

**Lemke (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)**: Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet uns, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Wir GRÜNE werben für ein europäisches Deutschland innerhalb einer Wirtschafts- und Solidarunion. Deutschland hat als wirtschaftsstärkstes und bevölkerungsreichstes Mitgliedsland eine zentrale Rolle in der Krisenbekämpfung. Mit dieser Rolle geht jedoch auch ein hohes Maß an Verantwortung einher. Verantwortung für ein konstruktives und respektvolles Miteinander und für gegenseitiges Verständnis.

**Dobrindt (CSU)**: So wie Bayern der Motor für Deutschland ist, muss Deutschland der Motor für Europa bleiben. Klar ist dabei: Wir lehnen Eurobonds und die Vergemeinschaftung von Schulden in Europa entschieden ab. Europa muss eine Stabilitätsunion bleiben und darf keine Schuldenunion werden. Wir sind auch dagegen, dass deutsche Banken und deutsche Sparer für andere europäische Banken haften sollen. Deshalb lehnen wir einen europäischen Einlagensicherungsfonds ab. Krisenstaaten dürfen zudem Hilfen nur gegen die Erfüllung von Auflagen und Reformen erhalten. Und sie müssen künftig eine noch stärkere Eigenbeteiligung an der Krisenbewältigung leisten und mehr eigene Ressourcen einsetzen, bevor sie Hilfe erhalten.



*Deutschland in Europa*
© benqook - Fotolia.com

**Europathemen**: *Wie soll die Europäische Union weiterentwickelt werden?*

**Gröhe (CDU)**: Deutschland kann es auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch Europa insgesamt gut geht. Deshalb wollen wir, dass Europa gestärkt aus der aktuellen Krise kommt. Damit der Euro eine stabile Währung bleibt, brauchen wir weitere Anstrengungen und Reformen insbesondere in den Staaten, die auf Hilfe angewiesen sind. In ganz Europa brauchen wir eine solide Finanzpolitik, mehr Wachstum und Beschäftigung durch Strukturreformen und mehr Investitionen in Forschung und Bildung.

**Nahles (SPD)**: Die transnationale Demokratie wird nur funktionieren, wenn wir das Gewaltenteilungsmodell, das wir aus den nationalen Staaten kennen, auch auf die europäische Ebene übertragen: Deshalb muss die Europäische Kommission zu einer Regierung ausgebaut werden, die vom Europaparlament gewählt und kontrolliert wird

und gegebenenfalls abgesetzt werden kann. In einer zweiten Kammer, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden dann die nationalen Interessen vertreten. Dieser Rat beschließt Gesetze gleichberechtigt mit dem Europaparlament. Regierung, Europaparlament und der Rat der Mitgliedstaaten haben jeweils das Recht, eigene Gesetzesinitiativen zu starten.

**Döring (FDP)**: Wir Liberale wollen eine politische Union mit festen föderalen Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung. Unsere langfristige Vision ist ein durch eine europaweite Volksabstimmung legitimierter europäischer Bundesstaat. Auf dem Weg dorthin wollen wir eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Zudem wollen wir ein Europa der Bürger. Dazu muss das Europäische Parlament zu einem Vollparlament entwickelt, die Europäische Kommission verkleinert und der Rat zu einer gleichberechtigten Länderkammer umgebaut werden. Darüber hinaus soll der Rechtsgrundsatz der Subsidiarität institutionell besser abgesichert werden, etwa durch eine europäisches Subsidiaritätsgericht. Und schließlich sollen institutionelle Reformen Vorrang vor der Erweiterung erhalten.

**Höhn (DIE LINKE)**: DIE LINKE fordert einen grundlegenden Politikwechsel und die Revision des Vertrags von Lissabon: Sie setzt sich für eine EU-Verfassung ein, in der sozialstaatliche, demokratische und zivile Ziele verfassungsrechtlich verankert sind und Vorrang vor den Marktfreiheiten erhalten. Zudem fordert sie die Demokratisierung mächtiger EU-Institutionen wie der Kommission und der EZB, die Stärkung des Europaparlaments und den Ausbau effektiver direkt-demokratischer Bürgerbeteiligung. Der Verfassungsvertrag soll unter Beteiligung der Zivilgesellschaft in einem Konvent ausgestaltet und in den Mitgliedstaaten in Referenden abgestimmt werden.

**Lemke (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)**: Es ist höchste Zeit, die Lehren aus der Krise zu ziehen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für einen „Europäischen Konvent“ unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft ein. Die Staats- und Regierungschefs der EU müssen sich trauen, die Vertragsänderungen von einem öffentlichen Konvent mit Beteiligung von Abgeordneten, Sozialpartnern und Zivilgesellschaft diskutieren und erarbeiten zu lassen. Konkret wollen wir unter anderem eine demokratisch legitimierte, aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik. Wir wollen die europäische Wirtschaft im Sinne eines Green New Deals erneuern und gezielt europäische Mittel für nachhaltiges Wachstum und Investitionen in zukunftsfähige Branchen einsetzen.

Als GRÜNE wollen wir die europäische Bankenunion mit einer starken europäischen Aufsichts- und Abwicklungsbehörde umsetzen und eine Schuldenbremse für Banken einführen. Wir setzen uns ein für einen europäischen Steuerpakt gegen Steuerdumping, Steuervermeidung und Steuerflucht und wollen die Finanzmärkte weiter regulieren und eine Finanztransaktionssteuer einführen. Wir sind überzeugt, dass dem Überschuldungsproblem vieler Länder mit einem Altschuldentilgungsfonds wirksam begegnet werden kann und dass wir mit gemeinsamen Europäischen Anleihen samt strengen Auflagen und einer gemeinsamen Haftungsobergrenze, der Vertrauens- und Finanzierungskrise ein Ende setzen können.

**Dobrindt (CSU)**: Die CSU will ein demokratischeres, bürgernäheres und transparenteres Europa. Wir fordern, dass bei europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite das Volk direkt befragt wird. Das gilt etwa für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten - oder wenn wichtige Kompetenzen nach Brüssel abwandern sollen. Die CSU will auch bundesweite Volksabstimmungen ermöglichen, wenn es um finanzielle Leistungen Deutschlands auf EU-Ebene geht. Außerdem muss künftig für überschuldete Staaten eine geordnete Insolvenz möglich sein. Dazu soll auch die Möglichkeit gehören, den Euro-Raum vorübergehend zu verlassen. Ferner wollen wir, dass die EU-Kommission verkleinert wird.

**Impressum**

**dbb beamtenbund und tarifunion**

Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin
Tel.: +49/(0)30/4081-40
Fax: +49/(0)30/4081-4999

ViSdP Christian Moos, Thomas Bemmann

Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Kontakt:**

Lob & Kritik

An- & Abmeldung von Europathemen

Internet: http://www.dbb.de